

schuß der SPD wurde im Mai 1945 begonnen, die Partei wieder aufzubauen. Der Zentralausschuß der SPD stimmte in seinem Aufruf vom 15. 6. 1945 dem Aktionsprogramm der KPD zu. Die aus der sozialdemokratischen Politik während der Weimarer Republik gezogenen Lehren sowie die Erfahrungen des gemeinsamen antifaschistischen Widerstandes mit den Kommunisten waren wesentliche Grundlagen für die Herstellung der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die im Apr. 1946 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone zur Vereinigung von KPD und SPD zur —> *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* führte.

2. politische Partei in der BRD und in Westberlin. Die maßgeblichen Führungskräfte führten nach der Zerschlagung des Faschismus die Tolerierungspolitik gegenüber der Monopolbourgeoisie weiter. Sie spalteten sich vom Zentralschuß der SPD ab und gründeten 1946 in Hannover für die damaligen westlichen Besatzungszonen eine eigene Partei. Ihre politische Konzeption bestand darin, die wachsenden Bestrebungen der Sozialdemokratie in den westlichen Besatzungszonen nach Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse zu unterdrücken, antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen zu verhindern und mit der Schürung des Antikommunismus sowie mit der Verbreitung der sozialreformistischen Ideologie die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Diese Konzeption diente der im Gefolge ihrer Niederlage im zweiten Weltkrieg geschwächten Monopolbourgeoisie und trug wesentlich zur Restauration ihrer Macht bei. Begünstigt durch die lang anhaltende kapitalistische Nachkriegskonjunktur in der BRD, durch strukturelle Veränderungen in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, durch die Ausbreitung der

bürgerlichen Ideologie sowie durch andere Faktoren, gewannen die mehr am staatsmonopolistischen Kapitalismus orientierten Kräfte in der SPD zunehmend an Boden. Das fand in der Annahme eines neuen Programms auf dem Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959 seinen deutlichen Ausdruck. In diesem Programm wurde der offene Übergang der Führer der SPD auf die Positionen des Imperialismus der BRD programmatisch und ideologisch begründet. Bis in die 60er Jahre schirmten die mehr am staatsmonopolistischen Kapitalismus orientierten Kräfte in der SPD das imperialistische System in der BRD in der Rolle der staatsstreuen parlamentarischen Opposition ab. 1966 traten sie in eine von der CDU/CSU geführte Regierung ein; 1969-1982 führten sie in Koalition mit der FDP die Regierungsgeschäfte in der BRD. Die SPD hat rd. 930000 Mitglieder. Sie verfügt über beachtliche Positionen im parlamentarischen Bereich, in den Gewerkschaften und auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. SPD-Politiker sind führend in internationalen Gremien der Sozialdemokratie vertreten. In der SPD wirken gegensätzliche Klassentendenzen: eine am staatsmonopolistischen Kapitalismus und eine mehr oder minder an Arbeiterinteressen orientierte Politik. Die Verfechter der zweiten Richtung treten - allerdings vielfach durch reformistische Illusionen und antikommunistische Vorbehalte gehemmt - gegen den Hochrüstungskurs der NATO auf und streben nach einer demokratischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD. Nachdem die SPD 1982 in die parlamentarische Opposition gedrängt worden war und nach dem Beginn der Raketenstationierung 1983 wurden die Kräfte in der Partei stärker, die sich schrittweise von den reaktionärsten